

LINKE&PIRATEN Wiesbaden · Rathaus · Schlossplatz 6 · 65183 Wiesbaden

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
Herrn Stephan Belz
- im Hause -

Stadtverordnete:
Hartmut Bohrer
Manuela Schon
Kristof Zerbe

Wiesbaden, 4. November 2015

Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN für die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am 11. November 2015

No-Spy-Klausel für Wiesbaden

Als Konsequenz aus der Aufdeckung der umfassenden Spionage durch die NSA und andere Geheimdienste in Deutschland hat das Bundesinnenministerium am 30. April 2014 die Vergaberichtlinien bei Aufträgen an Telekommunikations- und IT-Firmen um eine No-Spy-Klausel erweitert (1, 2).

Der Erlass fordert bereits im Vergabeverfahren von den Bietern eine Erklärung von den Unternehmen, dass sie keiner rechtlichen Verpflichtung zur Weitergabe von vertraulichen Informationen, Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen unterliegen. Die Klausel verpflichtet weiterhin, dass auch nachträgliche Veränderungen offengelegt werden.

Neben den Ländern Bremen, Hamburg, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein, haben sich auch bereits einige Kommunen, wie Köln und Osnabrück entschieden eine No-Spy-Klausel in ihre Vergaberichtlinien einzubauen, um dem Abfluss von schützenswerten Daten ins Ausland entgegenzuwirken.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden, in der die US-Firma CSC, die im Verdacht steht, sehr eng mit den Geheimdiensten NSA und CIA zusammenzuarbeiten, ihren deutschen Hauptsitz hat, kann mit der Beschlussfassung dieses Antrags ein Zeichen setzen, dass der Datenschutz bei uns einen hohen Stellenwert genießt.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

1. Der Magistrat möge prüfen, ob und in welchem Umfang es möglich ist, bei der kommunalen Vergabe von Aufträgen eine „No-Spy-Klausel“ in die Vertragsbedingungen aufzunehmen.

2. Bei künftigen Vergaben ist darauf zu achten, dass so wenige sicherheitsrelevante Daten wie möglich an die Auftragnehmer weitergegeben werden. Bieter und Auftragnehmer sind auf Datensparsamkeit und -vermeidung zu verpflichten.

3. Dem Ausschuss ist zu Beginn des 1. Halbjahres 2016 zu Punkt 1, zu berichten.

(1) BMI, No-Spy-Erlass:

http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Nachrichten/Kurzmeldungen/no-spy-erlass.pdf?__blob=publicationFile

(2) BMI, Handreichung zu praktischen Fragen bei der Anwendung und Auslegung:

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2014/08/no-spy-erlass.html>

gez. Hartmut Bohrer
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Evelyn Zell
Fraktionsassistentin